Donnerstag, 5. Oktober 1922. **Einzelnummer 50 Mark.** 61. Jahrgang. Nr. 225.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt . . . 990.—
ins Ausland 100 deutsche Mk.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 50.— M.
Reklameteil 180.— M.
Stellen-Gesuche und -Angebote . . 40.— M.
Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 10.— d. M., Reklameteil 36.— d. M.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

In letzter Stunde.

Wie ein Aufatmen ging es durch unsere Reihen, als vor zwei Tagen aus Genf die Nachricht einlief: der Völkerbund hat dem Antrag des Deutschtumsbundes entsprechend dahin entschieden, daß gemäß Art. 4 des Minderheitenschutzvertrages die polnische Staatsangehörigkeit derjenige ipso jure erworben hat, **dessen Eltern bei seiner Geburt ihren Wohnsitz in den jetzt polnisch gewordenen Gebieten hatten**, und daß der Wohnsitz der Eltern am Tage der Ratifikation des Friedensvertrages ohne jede Bedeutung ist.

Daß die Entscheidung nicht anders ausfallen konnte, war ja für jeden klar, dessen Urteil nicht durch blindwütigen Fanatismus irregeleitet wurde. Das, was eben nach Art. 4 festgelegt werden sollte, war, daß die Kinder des Landes, diejenigen, denen hier zum ersten Male die Sonne gelacht hatte, dem Lande verbunden bleiben sollten, nicht aber Landfremde, deren Eltern bei Ratifikation des Friedensvertrages — also am 10. Januar 1920 — hier ihren Wohnsitz hatten. Ganz sinnlos wäre ja auch bei dieser letzteren — von den polnischen Behörden beliebten — Auslegung der Zusatz gewesen, „selbst wenn sie bei Inkrafttreten dieses Vertrages dort nicht mehr ihren Wohnsitz haben." Denn es ist durchaus nicht gesagt, daß Kinder von Eltern, die am 10. Januar 1920 hier ansässig waren, selbst jemals ihren Wohnsitz hier gehabt haben.

Aber wenn auch die Entscheidung nur etwas Selbstverständliches bestätigt hat: gut ist es, daß diese Selbstverständlichkeit von maßgeblichster Stelle noch vor dem 5. d. Mts. gesagt wurde. Denn nunmehr müssen die vielfältigen Versuche der Behörden und der Wahlorgane, den deutschstämmigen Bürgern ihr Wahlrecht zu verkümmern, in nichts zusammenfallen.

Der in Polen geborene Deutsche, der bisher nicht in die Wahllisten eingetragen ist, weil die Geburt im Lande allein noch nicht als ausreichend zum Nachweis der polnischen Staatszugehörigkeit angesehen wurde, der verlange jetzt schleunigst vor dem Abend des 5. seine Eintragung. Und wer in den Listen aus gleichem Grunde gelöscht wurde, der erhebe dagegen bei der Bezirkswahlkommission Einspruch und gehe, falls der Einspruch zurückgewiesen wird, beschwerdeführend weiter an die Kreiswahlkommission und nötigenfalls an den Obersten Gerichtshof.

Aber auch gegen sonstige Maßnahmen, die die Zahl der deutschen Wähler herabmindern sollen, muß sich jeder Betroffene durch Einlegung der gegebenen Rechtsmittel wenden. Es ist eine durchaus unzulässige Unterscheidung zwischen Deutschen und Polen, wenn Starosten bekannt geben, Nationalpolen — aber eben nur diese — dürften sich den § 3 des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der Weise „zu nutze machen", daß sie ohne weiteres ihre Eintragung in die Wählerlisten auch dann verlangen, wenn sie in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1908 und dem 20. Januar 1920 ihren Wohnsitz im Lande unterbrochen hätten. Der angeführte § 3 hat mit der Wohnsitzunterbrechung gar nichts zu tun. Er lautet: „fremde Staatsangehörige polnischer Herkunft sowie ihre Nachkommen können kurz nach ihrer Rückkehr nach Polen als Staatsangehörige bestätigt werden, sofern sie dies wünschen und die fremde Staatsangehörigkeit aufgeben." Es handelt sich hierbei um Personen, die nach Erlaß des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Januar 1920 in die polnische Heimat zurückgekehrt sind, die dann vor der zuständigen Amtsstelle den Wunsch geäußert haben müssen, polnische Staatsangehörige zu werden, und die ihrem Antrage gemäß als polnische Staatsangehörige amtlich bestätigt worden sind, nachdem sie zuvor ihre bisherige Staatsangehörigkeit (gedacht war vor allem an Amerikaner) aufgegeben hatten. Nur wenn alle diese Voraussetzungen vorliegen, darf ein heimgekehrter Pole seine Eintragung in die Wählerliste verlangen. Ist bekannt, daß Polen in die Wählerlisten eingetragen sind, ohne daß jene Formalien erfüllt wären, so ist dort, wo deutschen Wahlberechtigten Schwierigkeiten gemacht werden,

sofort von deutscher Seite die Streichung der unberechtigterweise Eingetragenen zu beantragen.

Nun aber vor allem: der angeführte § 3 gibt Polen, die ihren Wohnsitz im Lande in der Zeit vom 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 unterbrochen hatten, keinesfalls das polnische Staatsbürgerrecht. Bezüglich der Wohnsitzunterbrechung gibt es keinen Unterschied in der Behandlung von Deutschen und Polen. Wird beim Deutschen Ununterbrochenheit des Wohnsitzes verlangt, so ist dieses Verlangen genau ebenso dem Polen gegenüber zu stellen, es sei denn, daß er die polnische Staatsangehörigkeit durch Übernahme eines öffentlichen Amtes, durch Eintritt ins polnische Heer oder durch besondere Verleihung erworben hätte. Bei Tausenden von Polen, die Jahr und Tag im Rheinland, in Westfalen oder im Lausitzer Braunkohlenrevier oder in anderen Gegenden Deutschlands gelebt haben, liegen aber jene besonderen, die polnische Staatsangehörigkeit begründenden Tatsachen nicht vor.

Wo also irgend einem Deutschen die Staatszugehörigkeit um deswillen bestritten wird, weil er zwischen 1908 und 1920 einmal außer Landes gewesen ist, muß sofort die Eintragung aller Polen beanstandet werden, die gleichfalls zeitweise außer Landes waren.

Es darf unter keinen Umständen hingenommen werden, daß dem Konditor X. in P. erklärt wird, er wäre nicht wahlberechtigt, weil er sein Wanderjahr draußen verbracht habe, während bei seinem polnischen Freunde und Berufsgenossen K., der dieses selbe Wanderjahr zusammen mit ihm draußen zugebracht hat, die Wohnsitzunterbrechung keine Rolle spielen soll.

Noch eins bleibt zu beachten: Von unserem Standpunkt bestreiten wir ja die Bedeutung einer Wohnsitzunterbrechung zwischen den beiden Daten 1. Januar 1908 und 10. Januar 1920, weil weder im Friedensvertrage noch im Minderheitenschutzvertrage irgendwie angedeutet ist, daß eine Ununterbrochenheit des Wohnsitzes zu verlangen wäre. Aber selbst wenn die gegenteilige Auffassung unserer Gesetzgebung zu Recht bestände, so soll doch nach der Ministerialverordnung vom 13. Juli 1920, Dz. Ust. Nr. 57, eine zeitweilige Entfernung nicht als Unterbrechung gelten, wenn sie unter Umständen erfolgte, die die unzweideutige Absicht erweisen, den ständigen Wohnsitz zu behalten. Wenn also ein Ziegeleibesitzer ein halbes Jahr lang draußen war, um seiner verwitweten Tochter in der Wirtschaft zu helfen — daheim ist aber im Haus und im Betriebe alles beim alten geblieben —, dann ist es — nun sagen wir zum mindesten nicht sehr ritterlich, wenn dem Manne das polnische Staatsbürgerrecht strittig gemacht wird. Ebenso natürlich liegt der Fall — alles bitter erlebte Praxis —, wenn ein Gutsbesitzer seine in einem auswärtigen Sanatorium weilende Frau für mehrere Monate besucht hat, ohne daß er während dieser Zeit die Leitung der Wirtschaft aus der Hand gegeben oder Anstalten gemacht hätte, den Hausstand aufzulösen.

Zum Schluß mag noch darauf hingewiesen werden, daß nach Art. 3 der Ministerialverordnung vom 7. Juni 1920, Gesetzbl. Nr. 7, ein polnischer Staatsbürger durch polnische Behörden nicht gleichzeitig als Bürger eines anderen Staates betrachtet werden darf. Wer sich also seit Jahr und Tag im Besitze eines polnischen Passes befindet, wer einen Wykaz osobisty besitzt, in dem er als poddany polski bezeichnet wird, wer bislang in jeder Beziehung bzgl. seiner staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten von den Landesbehörden als polnischer Staatsbürger behandelt worden ist, der darf keinesfalls jetzt, da es zu den Wahlen geht, behördlicherseits als Ausländer angesprochen werden.

Darum noch in letzter Stunde das eigene Recht mit aller Entschlossenheit gewahrt und das Unrecht auf der Gegenseite unerschrocken aufgedeckt und beseitigt! Jeder einzelne ist es seinen Stammesgenossen schuldig, dafür zu sorgen, daß keine deutsche Stimme verloren geht, und daß keine polnische Stimme zu Unrecht abgegeben wird. Nur dann dürfen wir hoffen, an den Wahltagen wenigstens die kleine Zahl von deutschen Abgeordneten durchzubringen, auf die wir nach der minderheitsfeindlichen Wahlordnung überhaupt noch rechnen können.

Die bevorstehenden Wahlen.

Der Ministerpräsident als Kandidat der Volkspartei.

Der „Kurjer Polski" meldet, daß Ministerpräsident Nowak auf der Senatsliste der Polnischen Volkspartei in der Lemberger Wojewodschaft figuriert.

Die Posener Kandidaten des nationalen Blocks.

Die Posener Sejm-Kandidatenliste des Nationalblocks (Liste Nr. 8) weist folgende Namen auf: Marjan Seyda, Publizist; Adam Piotrowski, Redakteur; Zofja Sokolnicka, Abg.; Dr. Stefan Piechocki, Rechtsanwalt; Ignacy Kornaszewski, Tischlermeister (Inowrocław); Stanisław Jańczewski, Drogist; Seweryn Samulski, Industrieller und Bankdirektor; Franciszek Chruszczyński, Eisenbahnmeister.

Die Senatsliste des Nationalblocks in der Wojewodschaft Posen, in der 7 Senatoren zu wählen sind, enthält folgende Namen: Geistlicher Stanisław Adamski, Abg. aus Posen; Dr. Tadeusz Szułdrzyński, Landwirt aus Bolechowo; Geistlicher Antoni Stychel, stellv. Sejmmarschall, Prälat aus Posen; Władysław Grabski, Abg. aus Kurcew, Kreis Jarocin; Stanisław Grzegorzewicz, Maurermeister aus Posen; Mieczysław Chłapowski, Landwirt aus Sobiejuchy, Kreis Znin; Dr. Romuald Paczkowski, Universitätsprofessor, Jurist aus Posen; Dr. Dobrzyńska-Rybnicka, Universitätsdozentin aus Posen; Dr. Jozef Englich, Jurist und Bankdirektor aus Posen; Franciszek Mejchrzycki, Landwirt aus Kaszuty, Kreis Schroda; Dr. Władysław Mieczkowski, Bankdirektor und Jurist aus Posen; Zofja Rzepecka aus Posen; Chrystjan Jurek, Rechtsanwalt und Notar aus Gnesen; Wawrzyn Gosciniak, Landwirt aus Lussowo, Kr. Posen-West.

Achtung, Wähler!

Die deutsche Liste hat die Nr. 16 und den Titel „Blok Mniejszości Narodowych Rzeczypospolitej Polskiej" erhalten.

Wir erinnern die deutschen Wahlausschüsse daran, daß zugleich mit der Anmeldung der Kandidaten auch die Benennung des Bevollmächtigten erfolgen muß, und daß dieser seinerseits den Anschluß der Wahlkreisliste an die Staatsliste zu melden hat.

Der 6. Oktober ist der äußerste Termin zur Einreichung der Kandidatenliste. Es wird sich empfehlen, die Listen mindestens einige Tage vorher einzureichen, damit eventuell auf Wunsch des Wahlkommissars noch Veränderungen vorgenommen werden können.

Wahlausschuß des Minderheitenblocks in der Republik Polen.

Polen.

Tschitscherin in Warschau.

Im Laufe des Sonntags sah sich Tschitscherin die Sehenswürdigkeiten Warschaus an. Am Montag, 2 Uhr nachm. gab Tschitscherin ein Essen im Hotel Bristol, zu dem der Marschall Trąmpczyński, die Minister Narutowicz, Darowski und Straßburger, die Departementsdirektoren Kętrzyński, Przeździecki und Morawski, der polnische Geschäftsträger in Moskau, Roman Knoll, sowie der Leiter der Ostabteilung des Außenministeriums, Łukaszewicz, und eine Reihe von Personen der politischen Welt Einladungen erhalten hatten. Als Vertreter des Sejm war bei dem Essen nur der Abg. Jan Dąbski als Mitschöpfer des Rigaer Friedensvertrages anwesend. Am Dienstag machte Tschitscherin dem Außenminister **seinen** Abschiedsbesuch.

Ueber die Konferenzen mit Tschitscherin

wurde ein amtlicher Bericht verbreitet. Danach betrafen die Besprechungen in erster Linie das Problem friedlich-nachbarlicher Verhältnisse zwischen Polen und Rußland. Es scheint, daß namentlich die Frage der endlichen tatsächlichen Aufnahme von Wirtschaftsverhandlungen zwischen beiden Staaten bei dieser Gelegenheit einen Schritt vorwärts gekommen ist. An den Konferenzen nahm auch der für Moskau neuernannte polnische Gesandte Knoll teil. Daß in den Konferenzen auch aktuelle Fragen bezüglich der russischen Politik betreffend das Dardanellenproblem behandelt wurden, erwähnt das Communiqué nur kurz. — Die Piłsudski nahestehende Presse betont angesichts dieses Besuches in schärfster Form ihre ablehnende Haltung Rußland gegenüber. Die Rechtspresse dagegen verhält sich reserviert.

Die deutsch-polnischen Transitverhandlungen.

Die „Gazeta Poranna" veröffentlicht eine Unterredung mit Minister Straßburger, dem Leiter des Ministeriums für Handel und Industrie, über den Transitvertrag zwischen Polen und Deutschland, der bei den Dresdener deutsch-polnischen Verhandlungen erörtert wird. Mit Rücksicht darauf, daß die Verhandlungen noch im Gange sind, hat sich der Minister nur auf einige Hauptpunkte beschränkt. Er sagte: „Im Einleitungsprotokoll zu den Verhandlungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag in Warschau hat der polnische Delegierte Olszowski, um den friedlichen Bestrebungen Polens und dem Wunsche, am wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands mitzuarbeiten, Ausdruck zu geben, im Einklang mit der in Genua und im Haag geführten Politik die grundsätzliche Bereitschaft der polnischen Regierung dazu erklärt, den Durchgangsverkehr von Deutschland nach Rußland unter der Bedingung zuzulassen, daß die deutsche Regierung sich dazu bereit erklärt, den Wirtschaftsboykott Deutschlands gegenüber Polen aufzuheben. Diese Bedingung wurde vom deutschen Delegierten Stockhammern angenommen, und der deutsche Boykott ist in der Tat aufgehoben worden. Diese Aufhebung hat jedoch für das Wirtschaftsleben Polens keine große Bedeutung, im Gegenteil, vom deutschen Boykott haben viele Zweige der polnischen Industrie nennenswerte Vorteile gehabt. In gewissen Punkten indessen, die für Polen größere Bedeutung haben, z. B. bezüglich der Kalisalze, ist der Boykott trotz der Verpflichtung Deutschlands nicht aufgehoben worden, was einen Protest von seiten der polnischen Regierung zur Folge hatte. Gegenwärtig wartet die polnische Regierung die Antwort auf diesen Protest ab." — Der Minister antwortete dann auf die Frage, auf welchen Grundlagen die Dresdener Verhandlungen über den Transitvertrag geführt werden, folgendermaßen: „Die Einzelheiten und die Bedingungen, unter denen der Transit zugelassen werden soll, können mit Rücksicht auf die im Gang befindlichen Verhandlungen noch nicht mitgeteilt werden. Ich kann nur das eine sagen, daß die Verhandlungen einen weitumfassenden Komplex von Fragen betreffen, sowohl politischer als auch wirtschaftlicher Fragen, die schwer zu lösen sind. Besondere Schwierigkeiten macht die Festlegung des Begriffs „Militärladungen". Deshalb werden die Verhandlungen voraussichtlich noch viele Monate dauern. Nichtsdestoweniger werden jedoch für einzelne Fragen, die nicht sehr große Schwierigkeiten bereiten, frühere Einzelverträge abgeschlossen werden, so daß sich der endgültige Vertrag aus einer ganzen Reihe von Verträgen zusammensetzen wird, die etappenweise abgeschlossen und unterzeichnet werden."

Ein Handelsvertrag mit Südslawien

soll den Gegenstand von Verhandlungen bilden, die am 6. d. Mts. in Warschau beginnen. Zu diesem Zweck ist eine südslawische Abordnung mit dem Minister Jankowski an der Spitze aus Belgrad nach Warschau abgereist.

Ueber einen Handelsvertrag mit Brasilien

werden demnächst Verhandlungen zwischen der polnischen und der brasilianischen Regierung beginnen. Polen soll aus Brasilien Gummierzeugnisse, Kolonialwaren und Leder erhalten und Galanteriewaren und Manufakturerzeugnisse dorthin liefern.

Die Lebensmittelpreise für Oktober.

Der Sachverständigenausschuß zur Festsetzung der Richtpreise für Artikel des ersten Bedarfs setzte für Oktober 1922 folgende Pfundpreise fest: Russischer Tee (lose) 1800 M., Getreidekaffee 800 M., gebr. Kaffee „Rio" 1600 M., gebr. Kaffee „Santos" 1800 M., Kakao (lose) 500 M., Zichorie „Gloria" 110 M., Zichorie „Gleba" 520 M., Marmelade (50 Proz. Zuckergehalt) 360 M., Reis 305 M., weißes Salz 60 M., gelbes Salz 30 M., Hefe 600 M, Weizenmehl (60 Proz.) 235 M., Weizenmehl (50 Proz.) 250 M., Roggenmehl (50 Proz.) 150 M., Schrotmehl 115 M., Backwerk aus Weizenmehl (50 Proz) 260 M., 150 Gr.-Semmel 32 M., Backwerk aus 60proz. Weizenmehl 245 M., Makkaroni 340 M., Hafer (lose) 400 M., Hirse „Manna" 290 M., Krakauer Hirse 240 M., Perlgraupe 280 M., Penczok 170 M., Gerstengraupe 180 Mark, Grütze gebrochen 170 M., Grütze ganz 200 M., Grütze gebrannt 230 M., Bohnen 180 M., Felderbsen 150 M., Viktoriaerbsen 200 M., Sahnenbutter 1. Qualität 1750 M., gesalzene Butter 1650 M., Landbutter 1500 M. Ein Kilogramm Weißbrot (50 Proz.) 355 M., ein Kilogramm 75proz. Weißbrot 340 M., ein Kilogramm 70proz. Roggenbrot 275 M., ein Kilogramm 80proz. Roggenbrot 255 M., ein Kg. 100proz. Schrotbrot 230 M., ein Kg. Dämpfbrot 355 M., eine 50 Gr.-Semmel 32 M. Ein Liter Milch 220 M., ein Liter sterilisierte Milch in 400 Gr.-Flaschen 190 M., ein Ei 65 M., ein Ei, ausgesuchte Ware, 75 M., ein norwegischer Hering 75 M., ein Schottenhering 125 M., ein Liter Essig 120 M., ein Liter Einmacheessig 200 M., eine Schachtel Streichhölzer 22 M., ein Paket Streichhölzer 220 M. — Das Pfund ist in dieser Aufstellung überall 500 Gr. gleichgesetzt. Der Gebrauch des „polnischen" (russischen)

Pfunds ist mit Einführung der metrischen Maße in ganz Polen verboten worden.

Eisenbahnwesen.

Kauf von Güterwagen in Danzig. Das Eisenbahnministerium führt Verhandlungen mit der staatlichen Werft in Danzig über eine große Menge Güterwagen, die von Polen in Danzig gekauft worden sind. Die Montage dieser Wagen soll im Jahre 1923 erfolgen. Es besteht die Absicht, die Montage an zwei Stellen durchzuführen, um die Arbeiten zu beschleunigen.

Die polnischen Waggonfabriken. Die Waggonfabriken im Inland haben in letzter Zeit ihre Produktion bedeutend erhöht. Im Laufe von 8 Monaten haben sie 130 neue Güterwagen, sowie 55 Personenwagen geliefert. Es sind Aussichten dafür vorhanden, daß im kommenden Jahre die Inlandsfabriken ihre Produktion um das dreifache erhöhen werden, so daß ein beträchtlicher Teil des Bedarfs des Eisenbahnministeriums auf diesem Gebiete im Lande wird gedeckt werden können.

Eine neue Waggonfabrik. Im nächsten Jahre soll eine Waggonfabrik in Ostrów im Gebiet von Radom in Betrieb gesetzt werden.

Der Fedakprozeß.

Die seinerzeit vertagte Verhandlung gegen Fedak und Genossen, die des Anschlags auf den Staatspräsidenten und des Hochverrats angeklagt sind, beginnt in Lemberg am Montag, dem 23. Oktober.

Warschauer Personalmeldungen.

Der Staatspräsident begibt sich am Sonnabend zu mehrtägigem Aufenthalt ins Ostgrenzgebiet.

Der Departementsdirektor Tennebaum vom Handels- und Gewerbeministerium reist nach Dresden, um dort an den deutsch-polnischen Verhandlungen teilzunehmen.

Zum polnischen Geschäftsträger in Estland wurde der ehemalige Leiter der Personalabteilung des Innenministeriums, Dobrzyński, ernannt.

Der ehemalige Außenminister Skirmunt wird, wie Gerüchte wissen wollen, demnächst an die Spitze der polnischen Gesandtschaft in London treten. Der bisherige polnische Gesandte in London, Dr. Wróblewski, wird wahrscheinlich zum Gesandten in Washington ernannt werden.

Der schlesische Wojewodschaftssejm

hat 48 Sitze. Von ihnen gehören dem nationalen Block 18 Sitze, der Deutschen Partei und der Katholischen Volkspartei 12 Sitze, der polnischen Sozialdemokratie 8 Sitze, der nationalen Arbeiterpartei 7 Sitze, der deutschen Sozialdemokratie 2 Sitze, der polnischen Volkspartei 1 Sitz.

Die Abgeordneten des Wahlkreises I (Bielitz-Teschen-Pleß-Rybnik) sind: Bezirkskrankenkassensekretär Machai, Direktor Szuscik, Bergmann Gwoździ, Oberlehrer Obrzut, Rechtsanwalt Mildner, Bergmann Wegrzyn, Gewerkschaftssekretär Borys, Bergmann Mokry, Gutsbesitzer Baron Reitzenstein in Pilgramsdorf (dtsch.), Regierungskommissar Karl Fuchs in Bielitz (dtsch.), Prof. Dr. Pant in Bielitz (dtsch.).

Wahlkreis II wird vertreten durch: Gewerkschaftssekretär Grajen, Redakteur Tronobis, Redakteur Biniszkiewicz, Vors. d. poln. Zentralarbeiterverbandes Adamek, Gewerkschaftssekretär Wiechula, Redakteur Kowoll (dtsch. Soz.), Schulrat Szczeponik, Kaufmann Karczmarczyk, Abg. Korfanty, Pfarrer Mateja, Leutnant Foikis, Rechtsanwalt Kempka, Sekretärin Szymkowiakówna, Hüttendirektor Sabaß (dtsch.), Geschäftsführer des deutschen Volksbundes Ulitz (dtsch.).

Für den Wahlkreis III (Königshütte, Schwientochlowitz, Tarnowitz, Lublinitz) sind gewählt: Gewerkschaftssekretär Sikora, Zentralverbandssekretär Czajor, Sekretär der P. P. S. Rumpfehlt, Gewerkschaftssekretär Jankowski (Kath. Volksp.), Bürgermeister Michatz (Kath. Volksp.), Bergwerksverwalter Goldmann (Kath. Volksp.), Redakteur Rybarz, Bergmann Kaldonek, Rechtsanwalt Wollny, Lehrerin Omankowska, Gewerkschaftssekretär Ludos, Arbeitersekretär Kurt Mayer in Königshütte (dtsch.), Grubenbeamter Josef Pawlas in Lipine (dtsch.). — Einige der angeführten Abgeordneten wurden in mehreren Bezirken gewählt (Korfanty, Kowoll).

Verhaftung eines Danzigers in Polen.

Am 18. September wurde ein Danziger Staatsangehöriger, der frühere preußische Hauptmann Krause, in Dirschau aus dem Schlafwagen heraus verhaftet. Bei seiner Verhaftung wurden keinerlei Angaben darüber gemacht, weshalb diese erfolge. Jetzt aber wird bekannt, daß gegen ihn, der inzwischen in das Gefängnis in Pr.-Stargard übergeführt ist, ein Haftbefehl mit der Begründung erlassen worden ist, daß er als ehemaliger Geschäftsführer des Danziger Heimatdienstes, insbesondere gelegentlich der Abstimmung in Ostpreußen gegen Polen tätig gewesen sei. Selbst wenn die gegen Krause ausgesprochenen Beschuldigungen, er habe während seiner früheren Tätigkeit im Danziger Heimatdienst, besonders bei der Abstimmung in Ostpreußen, angeblich agitatorisch gegen Polen gewirkt, richtig sein sollten, so würde die Tatsache dieser Verhaftung damit noch keine gesetzliche Grundlage finden. Denn kein polnisches Gesetz kann einem Danziger oder irgend einem anderen Angehörigen eines fremden Staates verbieten, außerhalb Polens sich politisch in einem Sinne zu betätigen, der ihm freisteht. Wenn die Tatsachen so liegen, wie gemeldet wird, dann ist die Verhaftung Krauses eine völlige Mißachtung der zwischen Polen und Danzig geschlossenen Verträge und muß dazu beitragen, die Beziehungen zwischen Danzig und Polen erneut auf das empfindlichste zu stören.

Flucht der Frau des Atamans Machno.

Wie aus Warschau gemeldet wird, ist die Frau des gegenwärtig in Warschau im Gefängnis sitzenden Atamans Machno in der Dienstagnacht aus dem Internierungslager entflohen. Da in den letzten Tagen Gerüchte im Umlauf waren, daß Machno mit den Bolschewisten über die Hervorrufung eines Aufstandes in Kleinpolen verhandelte und daß Machnos Frau als Geisel für die Weiterführung der Verhandlungen verwendet werden sollte, wurde die Aufsicht über Frau Machno verstärkt. Zuletzt war sie im Spital von Stralkowo, da sie in einigen Tagen Mutter werden sollte. Trotzdem gelang es ihr, zu entfliehen. Die Flucht ist mit Hilfe Durchfeilens der Fenstergitter allem Anscheine nach mit Unterstützung von einigen Helfershelfern, nach den Spuren unter den Fenstern der Zelle zu urteilen, ausgeführt worden. Die Behörden haben eine energische Verfolgung angeordnet.

Luftpostverkehr Lemberg—Warschau—Danzig.

Das Post- und Telegraphenministerium teilt mit, daß seit dem 25. September ein täglicher Luftverkehr (mit Ausnahme der Sonntage) zwischen Warschau, Lemberg und Danzig stattfindet. Die Flugzeuge verlassen Warschau nach beiden Richtungen um 1 Uhr mittags und landen wieder in Warschau um 11½ Uhr vormittags.

Vom Völkerbund.

Neue Mitglieder im Rate.

Genf, 2. Oktober. In der Sonnabendsitzung des Völkerbundes wurde die Wahl von 6 außerordentlichen Mitgliedern des Völkerbundes vollzogen. Von 45 Stimmen fielen 43 auf Brasilien, je 40 auf Spanien und Urugua, 36 auf Belgien, 35 auf Schweden und 27 auf China. Auf die nichtgewählten Länder fielen: auf Serbien 15, auf Portugal 12, auf Persien 9, auf Columbia 5, auf die Schweiz 3, auf Indien und Norwegen je 2, auf Österreich, Dänemark, Chile, Haiti, Siam, Rumänien, die Tschechoslowakei und Holland je eine Stimme.

Genf, 2. Oktober. Der Völkerbundsrat hat in seiner Sonnabendsitzung die Frage entschieden, welcher Industriestaat im Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsbureaus vertreten sein soll. Als Resultat der Entschließung ist der Streit um den achten Platz im Rate zugunsten Indiens entschieden worden.

Die österreichische Frage.

Genf, 2. Oktober. In der Sonnabendsitzung des Völkerbundes gab Balfour einen Überblick der Völkerbundsarbeiten in der österreichischen Frage. Der Redner stellte fest, daß im österreichischen Ausschuß des Völkerbundes vollkommene Harmonie herrsche. Schwierigkeiten bereitete die Aufhebung des auf Österreich lastenden, mit der Einholung des Einverständnisses von 17 Staaten verbundenen Verpfändungsrechts. Infolgedessen konnte die Aktion der Sanierung der Finanzen Österreichs erst vor kurzem aufgenommen werden, leider schon im Augenblick der vollkommenen Entwertung der österreichischen Krone. Angesichts der fehlerhaften Verwaltung, insbesondere aber der unproportional großen Anzahl von Beamten ist die Finanzkontrolle notwendig. Diese Kontrolle soll die Durchführung unbedingt notwendiger Reformen bezwecken. Österreich besitzt genügende Garantie für die Anleihe, die ihm noch 20 Millionen Kronen in Gold, die für den Wiederaufbau Österreichs notwendig sind, bringen wird. Wir erwarten, sagte Balfour, die Mitarbeit der österreichischen Behörden. Die Person Dr. Seipels aber gibt uns die Gewähr, daß die Mitarbeit die erwünschten Früchte bringen wird. Bei der Kontrolle, ob die Anleihesummen zweckmäßig verwendet werden, wird man erwarten können, daß im Laufe von zwei Jahren die Reformen Österreich auf die Beine helfen werden, und daß es unter den Mitgliedern des Völkerbundes eine Stellung als vollkommen souveräner Staat wird einnehmen können.

Lord Robert Cecil richtete zum Schluß der Diskussion über die österreichische Frage an Lord Balfour die Frage, ob im Falle eines Mißlingens der Verhandlungen der Völkerbundsrat das Komplett der Exposés und alle bisherigen Dokumente veröffentlichen wird. Balfour antwortete bejahend. Dann erklärte der Delegierte Frankreichs, Bourgeois, daß er angesichts der Mißtrauen erweckenden Frage Cecils versichern könne, daß die Verhandlungen in der österreichischen Frage Aussichten auf Erfolg hätten. Unter Beifallskundgebungen forderte dann Bourgeois die Anwesenden auf, zu der ganzen Angelegenheit Vertrauen zu haben. Die Sitzung wurde darauf geschlossen und damit auch die dritte Session der Völkerbundsversammlung.

Brüssel, 1. Oktober. Die belgische Regierung hat beschlossen, sich an der Bildung eines Unterstützungsfonds für Österreich zu beteiligen.

Plan der Hilfsaktion für Oesterreich.

Genf, 2. Oktober. Das Informationsbureau des Völkerbundsrates hat ein Kommunikat veröffentlicht, das den Plan der Hilfsaktion für Österreich darstellt. Der Plan setzt sich aus folgenden Teilen zusammen: a) Wirtschaftliche und politische Garantien. Die feierliche Erklärung der Regierungen Englands, Frankreichs, Italiens, Tschechiens und Österreichs soll die territoriale Unabhängigkeit und Souveränität Österreichs gewährleisten. Die Erklärung betont, daß keine Maßnahmen wirtschaftlicher oder finanzieller Natur getroffen werden können, die die Unabhängigkeit Österreichs direkt oder indirekt verletzen würden. b) Haushaltsreformen, die im Laufe von zwei Jahren durchzuführen sind. Das Finanzkomitee vertritt die Meinung, daß Oesterreich in der Lage ist, seine Ausgaben einzuschränken und seine Einkünfte in einem solchen Maße zu vergrößern, um seinen Haushalt im Laufe von zwei Jahren ins Gleichgewicht zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, sind folgende Schritte zu unternehmen: 1. Den Fehlbetrag der Staatsunternehmungen zu beseitigen. 2. Die Zahl der Beamten einschränken. 3. Die Einkünfte vermehren. 4. Die Banknotenemission aufzuhalten. 5. Die Finanzkontrolle einführen.

Abschluß der Völkerbundstagung.

Nach Schluß der letzten Völkerbundssitzung nahm Präsident Edwards (Vertreter von Chile) das Wort zu einer Rede, in der er nach einem Dank an die Schweiz und an die Presse, von deren zukünftiger Mithilfe der Völkerbund alles erhoffen müsse, ausführte.

„Der Völkerbund wächst von Tag zu Tag. Im Anfang haben viele geglaubt, daß er allmächtig sei, und haben zu viel von einer Institution erwartet, von der sie meinten, daß sie die Jahrhunderte alten Gewohnheiten der Völker plötzlich reformieren könnte. Als der Völkerbund dann nicht alle diese Hoffnungen verwirklichen konnte, bemächtigte sich ihrer eine gewisse Entmutigung. Trotzdem aber wird die neue Körperschaft ihren Weg machen. Während des ersten Jahres seines Daseins hat der Völkerbund nur die verbündeten Länder und diejenigen Staaten umfaßt, die während des großen Krieges neutral geblieben sind. Heute sind es nur noch zwei von den ehemaligen Feinden der Verbündeten, die ihre Aufnahme in den Völkerbund bisher noch nicht beantragt haben. Alle Länder, die darum nachgesucht haben, sind heute Mitglieder des Völkerbundes. Der so ausgeführte Gedanke von der Universalität des Völkerbundes, den die argentinische Regierung in der ersten Völkerbundsversammlung proklamiert hatte, ist auf dem besten Wege, durch die Tatsachen bekräftigt zu werden. Es sei mir auch als Delegierten eines Landes, das mit Argentinien durch jahrhundertealte brüderliche Bande verknüpft ist, gestattet, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, mit der ich den endgültigen Triumph eines Gedankens begrüße, der einen Markstein in der Geschichte und Entwickelung des Völkerbundes darstellt."

Der Präsident nannte sodann unter dem Beifall der Versammlung die für den Völkerbund bereits historisch gewordenen Gestalten Lord Balfours, Bourgeois', Nansens und vor allem Lord Robert Cecil, den er bezeichnete als „den Säemann neuer, großartiger Ideen, die freilich nur der gute Wille der Regierungen und der Völker keimen lassen kann. Er schloß seine Rede, indem er erklärte, die Versammlung habe sich nichts vorzuwerfen, wohl aber habe sie viele Gründe, stolz zu sein, und noch mehr Gründe zur Hoffnung für die Zukunft. „Wir müssen Vertrauen in das Schicksal des Völkerbundes haben, denn alles, was groß ist und was das Gute will und zur Vollendung strebt, kann nicht vergehen."

Der Völkerbundsrat bleibt noch hier versammelt, um die Regelung der österreichischen Frage zu Ende zu bringen.

Sowjetrußland.

Bedrohliche Arbeitskrise in Rußland.

Moskau, 2. Oktober. Die Arbeitskrise hat sich in ganz Räterußland weiter verschärft. Die schwere Finanzkrisis, die die ganze Wirtschaft Rußlands durchlebt, vergrößert die Zahl der Arbeitslosen fortwährend. In den großen Industriebetrieben des zentralen Rußlands im Süden und in Petersburg werden die Arbeiten weiter eingeschränkt und Arbeiter in kleinerer Zahl, aber andauernd entlassen. Der nahende Winter bedroht zahllose Arbeiter, die keine Verdienstmöglichkeiten haben, mit dem Untergange. Die Zahl der Arbeitslosen in ganz Rußland betrug nach dem „Golos Truda" am 15. September weit über eine Million. Die „Ekonomitscheskaja Shisn" schreibt zu der Arbeitslosenkrisis: „Eine wirkliche Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkte ist nur möglich im Zusammenhange mit der durchgehenden Festigung der ganzen wirtschaftlichen Lage und der ganzen Entwicklung der produktiven Kräfte Rußlands. Alles andere ist und wird nur Stückwerk bleiben." Laut der „Krasnaja Gazeta" gibt es in Petersburg allein 67 000 Arbeitslose bei einer Bevölkerungszahl von nur 900 000.

Danziger Kurse vom 4. Oktober.

Die polnische Mark in Danzig ...	22—22½
Der Dollar in Danzig	2000—2100

Tendenz: unsicher.

Magnus Wörland und seine Erben.

Roman von Günther von Hohenfels.

(40. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Das Telegramm, in dem Senator Wörland seiner Tochter mitteilte, daß die deutsche Regierung ihren Ausführungen wohlwollend gegenüberstehe und er im Begriff sei, ein Finanzkonsortium zu gründen, traf das junge Paar in Corrientes. Nach der beschwerlichen Reise durch die Urwälder des Gran Chace und nach Besichtigung einiger großer Eichenholzfällereien hatten sie sich hier niedergelassen, um erst die Antwort der Heimat zu erwarten. Magna war froh und zufrieden; von Magnus' Mutter, die auch diesmal im gastfreien Hause des Don Hermanno in Buenos Aires geblieben war, kamen gute Nachrichten, sie aber hoffte, daß auf ihre ausführlichen Berichte hin auch der Vater versöhnlicher werde. Hätte sie je auf Sekunden an ihrem Mann zweifeln können, die Verhandlungen der letzten Wochen hätten sie seinen gediegenen Charakter kennen gelehrt. Sein rasch auffassender Geist, verbunden mit einer erstaunlichen kaufmännischen Begabung, sein liebenswürdiges, verbindliches Wesen gewannen ihm aller Herzen und auch das Vertrauen. Wie oft, wenn sie selbst stumm dabei saß, wenn Magnus, der das Spanische nun schon recht gut beherrschte, mit den Plantagenbesitzern sprach, hatte sie im stillen den Vater herbeigewünscht, daß er ihn hören könnte.

Nun harrte sie des Briefes. Auch Magnus harrte, aber mit anderen Gefühlen. Auch er kannte den Kaufmann, er war weniger zuversichtlich. Solange der Verdacht über seinem Haupte schwebte, solange gab es keine Befreiung von dem furchtbaren Alp, solange war er geächtet vor dem Senator und nicht nur vor ihm, — auch er selbst litt. Er wanderte mit Magna durch die Straßen von Corrientes, er saß mit ihr im Hotel und schlürfte den Yerba-Mate, den portugiesischen Pragauay-Tee.

Wie strahlten die Gesichter der argentinischen Freunde, wenn Magna, nachdem sie sich noch eben als kluge Kaufmännin gezeigt, nun mit hausfraulicher Würde den Tee in die Täßchen tat, den Zucker darüber streute, das heiße Wasser darüber goß und dann die Bombilla, das silberne Saugrohr mit dem kleinen Sieb, das verhindert, daß die Teeblätter in den Mund des Trinkers kommen, hineinlegte und das fertige Getränk dem Gast oder ihrem Gatten reichte. Man drohte ihr lächelnd, wenn sie den heißen Trank einem Fremden bot; und kam einer der täglichen Tafelrunde verspätet und mußte sich mit lauem Tee begnügen, dann machte er ein komisch verzweifeltes Gesicht. „Ich liebe Dich!" bedeutet in der Symbolik der Argentinier der heiß gereichte Mate und „Ich liebe Dich nicht!" der kalte. Aber es waren nur Scherze, denn jeder sah, mit wie sorgender Liebe Magna den Gatten betreute, und jeder wunderte sich, daß dieser so ernst und so wortkarg war, wenn die Geschäfte vorüber waren.

Und dann kam das Telegramm! Magna war froh, zum ersten Male hatte der Senator auch Magnus darin erwähnt. Am folgenden Tage schon hatten sie in Begleitung ihres Gastfreundes Don Hieronimo den Flußdampfer der Firma Mihanowich bestiegen, der sie stromaufwärts brachte. Welch eine Fahrt! In Schlangenwindungen, oft breit wie ein See, dann wieder plötzlich verengt und von unzähligen Inseln bedeckt, schlängelte sich der Strom durch den Urwald. Geschmeidige Lianen, blühenden Tauen gleich, hingen von den Ästen mächtiger Baumriesen bis weit über den Strom. Dann sah man wieder dazwischen freies Weideland, lichtgelb blühende Sträucher, Wälder in sattem Schwarzgrün und darüber den tiefblauen Tropenhimmel. Näherte sich der stattliche Dampfer einer der Küsten, dann flutete der Duft tropischer Blumen heran. Riesenhafte Schmetterlinge in herrlichen Farben gaukelten unter den Zweigen. Kolibris tauchten die langen roten Schnäbel in Kelche seltsamer, farbenglühender Blumen. Papageien und Aras flogen kreischend auf.

Nach zwei Tagen war Ituzaingo erreicht. Jetzt schlossen steile Felsufer den Fluß ein; schnaubend begann der Dampfer den Kampf gegen die Stromschnellen von Apipé. Dann Posada, die Hauptstadt des Missionsterritoriums. Ein kleiner Dampfer setzte die Fahrt fort. Wie wunderbar waren die Nächte, während deren der Dampfer im Strome vor Anker lag. Die Hitze des Tropentages war nicht mehr so drückend, dichter Nebel lag über dem Strom, vom Ufer her erscholl ein Konzert wilder Tiere, wie es nur nächtlicher Urwald hervorzubringen imstande ist. In das Gekreisch der Affen mischte sich das Brüllen der Silberlöwen. Ein frischer Wind machte sich auf und zerriß die Nebelschleier, hell leuchtete der Mond, am tiefblauen Himmel strahlten in tropischer Klarheit die Sterne, allmählich verstummten die Tierstimmen des Waldes, ein leiser, würziger Blütenduft wehte vom Ufer herüber, und der Mond warf phantastische Reflexe auf die Riesenbäume. Dann lagen sie, Magnus und Magna, lange auf Deck in den bequemen Stühlen; sie sprachen kein Wort, aber leise streichelnd glitten seine Finger über ihre Hand, und sie schmiegte sich an ihn. Sie wußte, was immer noch auf seiner Seele lastete.

Hinter Pesada wurde der Fluß enger. Immer näher trat auf beiden Seiten der undurchdringliche Urwald heran. Allmählich versiegte die Kolonisation fast vollkommen, nur hier und da hatte die Machete eines kühnen Vordringlings eine Gasse in das Gewirr der Lianen und Sträucher zu schlagen versucht. Einige Stunden oberhalb des Hafens von Porvenir mischten sich die grünlich hellen Wasser des Iguazu mit den gelblichen Fluten des Parana, und in Puerta Aguirre verließen die drei den Dampfer. Dreißig Meter den Hang hinauf führte eine Schneise, die Messer und Axt in den Urwald gehauen, da kam ihnen auch schon Don Leandre, der Besitzer des Hotels Aguirre, entgegen. Ein Hotel im Urwald! Eher eine Art geräumiger Sennhütte, aber mit freundlichen Zimmern und trefflicher Bedienung. Wieder eine zauberhafte Nacht! Urwaldzauber! Nicht auf dem Schiff, — nein, mitten im Urwald. Ein Glas guter Wein, ein saftiger Braten, eine Zigarre, Mate aus silberner Bombilla, bequeme Korbsessel auf luftiger Veranda, — darüber, darum das Geheimnis des Urwaldes!

(Fortsetzung folgt.)

Rußland am Schürfeuer des Orientbrandes.

Die Räteregierung betrachtet als den augenblicklich wichtigsten Auslandsposten für Rußland **Angora**, wohin der frühere russische Gesandte in Warschau und stellvertretende jetzige Außenkommissar Karachan sich in diesen Tagen begeben hat. Als Auftakt der Tätigkeit Karachans in Angora ist die großartige türkisch-räterussische Verbrüderungsdemonstration anzusehen, die im Kreml stattgefunden hat. Vom Balkon des Gebäudes des Außenkommissariats hielt der Vertreter der Räteregierung an die aus Mohammedanern bestehende Volksmenge eine aufreizende Rede, worin das militärische Bündnis zwischen Moskau und Angora gefeiert wurde. Die „Prawda" kommentierte die Rede folgendermaßen: „Der Orient gehört den Orientvölkern, zu denen sich auch das russische Volk zählt. Die Spannung über die Entwicklung der Dinge bei Tschanak ist in Angora nicht geringer als in Moskau, Charkow und Tiflis. Die Küstenvölker des Pontus werden auf ihrem Recht diesmal bestehen und ihre Lebensinteressen schützen. Rußland, die Ukraine, Grusien und die Türkei werden die Freiheit der Meerengen nicht preisgeben und sich durch keine englische Flottendemonstration einschüchtern lassen. Es kann auch nicht im Interesse Frankreichs und Italiens liegen, den Pontus zu einer englischen See werden zu lassen."

In allen größeren Städten der Sowjetföderation fanden Volkskundgebungen zu Ehren des „einzigen Bundesgenossen und Freundes Rußlands in Angora" statt. Der Chef der räteukrainischen Regierung in Charkow, Rakowski, sandte Kemal einen Glückwunsch, der in der Hoffnung gipfelte, daß die historischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der Türkei eine weitere Annäherung erfahren werden. Rakowski sprach im Namen der 30 Millionen Ukrainer den Wunsch aus, daß die nationale Türkei ihre Wünsche und Rechte gegenüber dem anmaßenden Westen restlos durchsetze. „Ihr Sieg ist unser Triumph! Ihre Freude unser Jubel!" Die „Prawda" berechnet, daß Kemal heute eine Macht kommandiere, die für England so gefährlich sei, wie nie zuvor im Orient. Angora sei für die englische Weltmacht unangreifbar. Die „Iswestija" glauben übrigens, daß das akute Stadium der Orientkrisis für die nächste Zeit vorüber sei. Von einer Lösung des Levanteproblems könne keine Rede sein.

London, 4. Oktober. **In London ist am Dienstag eine russische Note eingelaufen, die energisch gegen die englische Blockade der Dardanellen und des Bosporus protestiert.** Die Note stellt fest, daß die Öffnung der Dardanellen für Rußland außerordentlich wichtig sei, und zwar nicht nur mit Rücksicht auf die Durchfahrt russischer Handelsschiffe, sondern auch mit Rücksicht auf die Durchfahrt fremder Schiffe, die Waren nach Rußland bringen.

Rußland zu seiner Ausschaltung von der Orientkonferenz.

Moskau, 2. Oktober. Der Beschluß der Entente, die Orientkonferenz ohne Räterußland abzuhalten, hat in der russischen Presse eine ungeheure Entrüstung hervorgerufen. Besonders drohend ist die Entrüstung über das „moderne" Frankreich, das dem Wunsche Englands zugestimmt hat. Die „Iswestija", das Sprachrohr der Räteregierung, erklärt in dürren Worten, die Beschlüsse einer Orientkonferenz, in der der russische Sessel unbesetzt sei, seien null und nichtig. Das Gewicht Rußlands sei so groß, daß eine „Lösung der Orientfrage ohne Rußland eben überhaupt keine Lösung sei." Die Teilnehmer der „Rumpfkonferenz" würden die Wahrheit dieses Wortes sehr bald merken. Die Beschlüsse könnten im besten Falle ein kurzes, Rußland nicht bindendes Provisorium darstellen. Die „Levante-Wunde" am Körper Europas werde die bevorstehende Orientkonferenz nicht heilen. Auch für die Interessen einer nationalen Türkei könne eine Orientkonferenz nach dem Rezept Lloyd Georges nicht so segensreich werden. Rußland und Angora werden auch künftig fest zusammenhalten. Vor der türkischen Gesandtschaft in Moskau fanden große Sympathiekundgebungen statt.

Die Stellungnahme der polnischen Regierung.

Warschau, 4. Oktober. Die Gesichtspunkte der polnischen Regierung bezüglich des Orientproblems umfassen unter anderm folgendes: Die polnische Regierung hat die Pflicht, ein wachsames Auge auf die sich im Orient abspielenden Ereignisse zu haben, die die Nachbarn Polens in kriegerische Operationen verwickeln können. Polen ist außerdem unmittelbar an dem Problem des Schwarzen Meeres im Hinblick auf die Handelsinteressen in Braila und Galatz interessiert. Die Vertreter der polnischen Regierung haben in ihren Unterredungen mit Tschitscherin und rumänischen Persönlichkeiten diese Momente hervorgehoben, weshalb die begründete Überzeugung von der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung des Konfliktes herrscht.

Amerikas moralischer Einfluß.

Washington, 3. Oktober. Der Regierung der Vereinigten Staaten sind verschiedene Vorschläge hinsichtlich einer militärischen Intervention im Orient gemacht worden. Die Vorschläge haben keinen Erfolg gehabt, und einer der hohen amerikanischen Persönlichkeiten hat erklärt, daß das beste Mittel, über das Amerika verfügt, falls es sich um eine Hilfe im Sinne einer friedlichen Beilegung der Angelegenheit handele, ein moralischer Einfluß sei. Die amerikanische Nation würde sich mit keiner militärischen Operation im Orient einverstanden erklären. Amerika beschränkt sich fernerhin auf die Verteidigung seiner eigenen Interessen.

Waffenstillstand zwischen Griechenland und der Türkei.

London, 4. Oktober. Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß zwischen Griechenland und der Türkei ein Waffenstillstand abgeschlossen worden ist, der von Sonntag mittag an gelten wird. Die Nationalversammlung in Angora hat Kemal Pascha ermächtigt, die Feindseligkeiten auf allen Fronten einzustellen.

Athen, 4. Oktober. Die Vertreter Englands und Belgiens haben auf Veranlassung ihrer Regierungen ihre Namen in die im Königlichen Schloß ausliegende Besuchsliste eingetragen. Diese Tatsache wird als offizielle Anerkennung des Königs Georg angesehen.

London, 4. Oktober. Venizelos hat eine Unterredung mit Lord Curzon gehabt, nach der er nach Paris gereist ist. Am Dienstag hat er Poincaré einen Besuch abgestattet. Heute, am Mittwoch, kehrt er nach London zurück.

Moskau, 2. Oktober. In Moskau wurde folgender **amtlicher Bericht aus Angora** veröffentlicht: Vom 26. August bis zum 10. September einschließlich betrug die türkische Beute: An Gefangenen 96 Generale und höhere Offiziere, 3000 Frontoffiziere und 40 000 Unteroffiziere und Mannschaften. Erbeutet wurden: 284 schwere Geschütze, 420 Feldgeschütze, 1300 Maschinengewehre, 8 Tanks, 1500 Last- und Personenkraftwagen, 70 000 Fuhrwerke, 26 Flugzeuge, 18 000 Schuß schwere, 120 000 Schuß leichte Munition, einige Millionen Gewehrpatronen. Die ungeheure Beute wurde sofort für die türkischen Truppen nutzbar gemacht.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 4. Oktober.

Worte zur Altershilfe.

Jedem, der sich zu seinem deutschen Volkstum bekennt, ist die Sorge für darbende Stammesgenossen gern erwiesener Liebesdienst.

Raumann, Suchorcz.

Wie unsere deutschen Ansiedler geleimt werden.

Dieser Tage erhielt ein deutscher Ansiedler in Mało Wolka in Pommerellen ein scheinbar amtliches Schreiben, das vom angeblichen Hauptkommissar des Ansiedlungsamtes Niewolowski unterzeichnet war und folgenden Inhalt hatte:

„Sie haben, wie aus dem Register hervorgeht, Ihre Besitzung 1908 gekauft, und außerdem haben Sie auch für Deutschland optiert. Sie müssen daher Ihr Besitztum binnen vier Wochen veräußern, andernfalls wird es durch das Ansiedlungsamt verkauft, was Ihnen noch größere Unkosten machen würde."

Dieses Schreiben ist gefälscht; einen Beamten des Namens Niewolowski gibt es überhaupt nicht. Der Zweck der Zuschrift ist der, den betreffenden Ansiedler zum Verkauf seiner Ansiedlung willig zu machen. Ein Käufer wird sich dann schon einfinden, der natürlich mit dem Absender des gefälschten Schreibens identisch ist. Unsere Ansiedler werden daher ermahnt, auf der Hut zu sein, und nicht auf solchen Schwindel hineinzufallen.

Versammlung des Hausbesitzervereins.

Der Hausbesitzerverein hielt gestern, Dienstag, abend im „Sächsischen Hof" an der ul. Wrocławska (fr. Breslauer Straße) eine gut besuchte Versammlung ab.

Die Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Rotnicki wandte sich gegen den Sejm, der das so wichtige Mieterschutzgesetz immer noch nicht erledigt habe, aus Angst vor den Wahlen. Die Abgeordneten hätten nicht den Mut gefunden, zu zeigen, daß die Städte ebenso wie das Land Ausgaben und unerläßliche Bedürfnisse haben. Sie hätten Angst gehabt, nicht wiedergewählt zu werden. Die Landwirte könnten für ihre Ware nehmen, was sie für gut halten, das sei kein Wucher. Die Weltgeschichte werde einmal über dieses Verhalten zu Gericht sitzen. Noch einmal sei zwar der Seniorenkonvent des Sejm zusammengetreten, habe aber die Mieterschutznovelle nicht erledigt. Vergebens waren die Bemühungen des Abg. Suligowski (der Abgeordnete ist der Vorsitzende der Hausbesitzerzentrale in Warschau). Sie waren darauf gerichtet, wenigstens die wichtigsten zwei Punkte zur Abstimmung zu bringen. Jetzt haben wir die Genugtuung, daß der Sejm, der so wenig für die Hausbesitzer geleistet hat, auseinandergegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Der neue Sejm werde die Forderungen der Hausbesitzer erfüllen. Jetzt bleibt ihnen nichts weiter übrig, als geduldig zu warten. Er empfehle den Hausbesitzern eine rege Wahlbeteiligung für die Rechtsparteien; denn von der Linken habe der Hausbesitz nichts zu erwarten.

Hierauf verlas der Sekretär Michalik eine Entschließung an die Regierung, in der diese für die Nichterledigung der Vorlage verantwortlich gemacht und ihr die Verantwortung zugeschoben wird für den Verfall der Häuser und für die Gefahren, die daraus für das Leben und die Gesundheit der Bürger entstehen. Sollte keine Verständigung mit den Mietern zustande kommen, so halten sich die betr. Hausbesitzer an die Beschlüsse der Rechtskommission, die nachstehende Sätze vorsieht: Wohnungsmiete für eine Wohnung bis zu sechs Zimmern bis auf das dreißigfache, mehr als 6 Zimmern das vierzigfache, für Hotels und Pensionate das Fünfzigfache der Friedensmiete.

Die Aussprache über die zu ergreifenden Maßnahmen war sehr lebhaft. Beschwerde wurde darüber geführt, daß besonders die Kaufleute die Zahlung einer höheren Miete ablehnen.

Beschlossen wurde die **Einführung einer schwarzen Liste**, sowie Abweisung der bisher gezahlten Mieten; nur das Wassergeld und die weiteren Nebenabgaben sollen gefordert werden. Die freie Vereinbarung zwischen Hausbesitzern und Mietern wurde als der gangbarste Weg bezeichnet.

Den Schluß der Versammlung bildeten Ausführungen des Geschäftsführers Michalik, nach denen die Gerichte in letzter Zeit hohe Geldstrafen für den Abstand von Geschäftslokalen usw. seitens der Mieter an andere Parteien, ohne Wissen des Hausbesitzers, verhängt haben.

Der erleichterte Grenzverkehr.

Wie der „Bojanower Anz." erfährt, haben bereits am vergangenen Freitag von Deutschland herkommende Grenzbewohner mit dem neuen Sechstage-Passe die Grenze überschritten.

Von der Gartenausstellung.

Die Gartenausstellung wird, wie wir mitzuteilen gebeten werden, an den beiden letzten Tagen, das heißt heut, Mittwoch, und morgen, Donnerstag, bis 8 Uhr abends geöffnet sein. Für Donnerstag, also den Schließungstag der Ausstellung, ist der Eintrittspreis auf 300 Mk. für die Person herabgesetzt worden.

Falsche Fünfhundertmarkscheine sind hier im Verkehr; sie sind an folgenden Kennzeichen von den echten zu unterscheiden: Die Zeichnung ist sehr ungeschickt durchgeführt, Druck und Nummer usw. sind größer und mißgestaltet. Das Bildnis der Königin Jadwiga ist verwischt. Der Untergrund der Hauptaufschrift ist unregelmäßig, ungenau, die Linien unterbrochen. Die Ornamente aus stilisierten Blumen, Blättern usw. treten undeutlich hervor. Das Falsifikat ist in hellgrüner Farbe mit hellbrauner Schattierung in den Einzelheiten durchgeführt. Die echten Banknoten sind von dunkelgrüner Farbe mit dunkelbrauner Schattierung. Die Numerierung ist unregelmäßig.

× **Jäher Tod.** Der aus Amerika zugewanderte, etwa 60jährige Martin Bielawski wurde heute früh gegen 4 Uhr in dem Hause Stary Rynek 29 (fr. Alter Markt), das er dieser Tage erstanden hatte, von einem Mitbewohner des Hauses auf einer Treppenstufe tot aufgefunden. Er hatte seinen Bruder, der ebenfalls am Stary Rynek wohnt, gestern abend besucht. Obschon Bielawskis Schlüssel und eine Uhr fehlten, nimmt die Polizei doch an, daß der jähe Tod auf Herzschlag zurückzuführen ist, da Bielawski noch über 1000 Dollars und 120 000 Mk. polnisch bei sich hatte.

Ueber die niederdeutsche Bewegung und die neuere niederdeutsche Literatur spricht am Donnerstag, dem 5. Oktober der Hamburger Universitätsprofessor Dr. Conrad Borchling im Saal des Vereins junger Kaufleute (altes Stadttheater). Als früheres Mitglied des Lehrkörpers der hiesigen Akademie hat der Hamburger Gelehrte zweifellos Anspruch darauf, von den Posener Deutschen mit besonderem Interesse begrüßt zu werden. Der Vortrag beginnt schon um 7 Uhr. Eintrittskarten zu 250 M. sind in der deutschen Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1 und an der Abendkasse zu haben. Schülerkarten (75 M.) nur an der Abendkasse.

Großes Theater. Mittwoch: „Cavalleria Rusticana" (mit den Damen Brzeska, Majchrzakówna, Woycicka und den Herren Malawski und Płoński) und „Bajazzo" (Wędlewicz, Karpacki, Romejko, Frl. Marynowicz). Musikalische Leitung: Kapellmeister Wojciechowski. — Freitag: „Lakme" von Délibes.

Verlängerte Schonzeit. Die Schonzeit für Krammetsvögel ist in der Wojewodschaft Posen bis zum 15. Oktober verlängert worden.

× **Kindesleichenfund.** Auf dem Garnisonfriedhof wurde gestern die Leiche eines Kindes weiblichen Geschlechts gefunden. Die Mutter des Kindes ist unbekannt.

× **Um seine goldene Uhr gekommen**, die einen Wert von einer halben Million Mk. hatte, ist gestern in der ul. Wyspiańskiego (früher Hardenbergstraße) ein Herr. Auf welche Weise, vermag er jedoch nicht anzugeben. Außerdem vermißt er seine Brieftasche mit 4000 Mk. Inhalt.

☐ **Burbach bei Polajewo, Kr. Obornik**, 3. Oktober. Vor einiger Zeit ist die Friedhofspumpe gestohlen worden.

☐ **Rawitsch**, 4. Oktober. Seinen Betrieb eingestellt hat das hiesige Palast-Kinotheater, weil der Magistrat 50 v. H. des Eintrittsgeldes als Steuern in Anspruch nimmt.

w. **Wollstein**, 2. Oktober. Mit dem gestrigen Tage ist der Superintendent der Diözese Wollstein G. Lierse nach mehr als 50jähriger Amtszeit, davon 34 Jahre am hiesigen Orte, in den Ruhestand getreten. Von den kirchlichen Körperschaften wurde ihm aus Anlaß seines Scheidens aus seiner reichgesegneten Wirksamkeit ein Ruhesessel überreicht. Die Kirchengemeinde überbrachte eine Geldspende von 200 000 M., die am gestrigen Erntedankfest als Opfer eingekommen ist, zum Besten des hiesigen Alters- und Siechenheims, dessen Gründung und Ausbau ein Werk des aus dem Amte scheidenden Seelsorgers ist. Möge ein froher Lebensabend dem allverehrten greisen Seelenhirten beschieden sein! — Buchhändler P. Scholz, langjähriges Mitglied des hiesigen Magistrats, schied durch Auslosung aus dieser städtischen Körperschaft aus.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	2. Oktober	3. Oktober
Kwilecki, Potocki i Ska.	380 + N	385—390 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em.	235 + N	—,—
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	170 +	170 + N
Arcona	460—470 + N	450 +
R. Barcikowski	200 + A	200 + A
Brzeski-Auto I. Em.	—,—	250 + N
H. Cegielski I.—VIII. Em.	480—570 + N	580-600-575-585 + A
Centrala Rolników I.—V. Em.	140 + N	—,—
Centrala Skór	265 +	270 + A
Hartwig Kantorowicz	820 + N	—,—
Hurtownia Drogeryjna	145 + A	—,—
Hurtownia Skór I.—II. Em.	—,—	—,—
Herzfeld-Viktorius	400 + A	400-445-430 +
Juno	360 +	—,—
Dr. Roman May	1350—1300 +	1350—1300 + N
Orient	150 +	150 + N
Patria	450 + N	460—470 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	575—600 + A	590—600 + N
Bracia Stabrowscy Zapałki	—,—	230 +
Sarmatia I.—II. Em.	470 + N	470—480 +
Tri	175 + A	—,—
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	560—550 +	590-600-595 + N
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	145 +	150 + N
Zjedn. Browary Grodziskie	275 + A	280 + N

Auszahlung Berlin 490—95—92½. Umsatz: 10 480 000 dtsch. Mk. Dollars 8920.

A — Angebot, N — Nachfrage, + — Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. Oktober 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	29 500—31 500	Roggenmehl 70 %	28 700—29 200
Roggen	17 800—18 800	Weizenkleie	9 600
Braugerste	18 400—19 200	Roggenkleie	9 400
Hafer	19 500—20 500	Fabrikkartoffeln	2 100
Weizenmehl 65 %	50 000—51 500	Speisekartoffeln	2 600

Zufuhren und Umsätze klein. — Stimmung: belebt.

Posener Viehmarkt vom 4. Oktober 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: A. **Ochsen** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 20 000—21 500 M., III. Sorte 8000—8500 M. B. **Bullen** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 20 000—21 500 M., III. Sorte 8000 bis 8500 M. C. **Färsen und Kühe** I. Sorte 24 000—25 000 M., II. Sorte 20 000—21 500 M., III. Sorte 8000—8500 M. D. **Kälber** I. Sorte 47 000—48 000 M., II. Sorte 43 000—45 000 M.

II. Schafe: I. Sorte 27 500—30 000 M., II. Sorte 20 000 bis 22 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 70 000—71 000 M., II. Sorte 65 000 bis 66 000 M., III. Sorte 60 000—62 000 M.

Der Auftrieb betrug: 223 Rinder, 182 Kälber, 507 Schafe, 1084 Schweine. — Tendenz: lebhaft. Gut gemästete Schweine und Schafe über Notiz.

Berliner Börsenbericht

vom 3. Oktober.

Diskonto-Komm.-Anleihe	428.—	Polnische Noten	21.—
Danziger Priv.-Aktienbank	355.—	Auszahlung Holland	72 850.—
Ostbank	—.—	„ London	8 280.—
Hartmann Masch.-Aktien	1201.—	„ Neuyork	1 887.50
Phönix	4050.—	„ Paris	14 325.—
Schuckert	1560.—	„ Schweiz	35 260.—
Hapag	875.—	Koehlmann-Stärke	—.—
3½% Pos. Pfandbriefe	37.—	Ungarische Goldrente	3 350.—
Auszahlung Warschau	21.—		

= **Danziger Börse** vom 4. Oktober. **Mittagskurse:** Polnische Mark 21⅞, Dollar 2125.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Dr. Martin Meister; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1922

durch die Post zum Preise von M. 990.— monatl. zuzüglich Zustellgebühr.

Name ______ Wohnort ______

Straße ______

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 4. 10., abends 7½ Uhr „Cavalleria rusticana und Pajace“, Gastspiel A. Wóycicka.
Donnerstag:	den 5. 10., abends 7½ Uhr: „Mazepa“, Tragödie von Juljusz Słowacki.
Freitag,	den 6. 10., abends 7½ Uhr: „Lakme“, von Delibes.
Sonnabend,	den 7. 10., abends 7½ Uhr: „Carmen“, Oper von Bizet (halbe Preise).
Sonntag,	den 8. 10., nachm. 3,15 Uhr: „Halka“, Oper von Moniuszko (halbe Preise). Abds. 7½ Uhr: „Lakme“, von Delibes.

Vorverkauf der Eintrittskarten bei Szrejbrowski, ulica Fredry 1.

Zeitungs-bezieher,

welche unser Blatt durch die Post erhalten, müssen bei Unregelmäßigkeiten in der Zustellung oder bei einer Übersiedlung nach einem anderen Ort, überhaupt in allen Angelegenheiten, die den Bezug betreffen, sich stets

an das Post-amt wenden,

welches die Zustellung der Zeitung an dem Wohnorte des Lesers zuletzt bewirkt hat. Nur im Falle, daß das Postamt versagt, den Reklamationen wegen nicht pünktlicher Lieferung nachzukommen, bitten wir, eine Beschwerde an die Geschäftsstelle in Poznań, ul. Zwierzyniecka 6 zu richten. Das „Posener Tageblatt“ kann zu jederzeit bestellt werden.